

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	9. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	03./04.03.2015, 09:00 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Auszug aus dem Protokoll

(...)

Antrag Nr. 163 (S. 242): Planungswettbewerb Ortsmitte Grötzingen (OR Grötzingen)

Ortsvorsteherin EBrich: Wir können nicht zufrieden sein mit der Stellungnahme der Verwaltung, da diese Maßnahme mit EP-Mitteln von uns leider nicht in dieser Höhe finanziert werden kann. Wir haben insgesamt nur 140.000 Euro zur Verfügung. Wenn wir davon eine Maßnahme mit 80.000 Euro zusätzlich finanzieren sollen, dann ist das nicht möglich. Dann hätten wir unseren anderen Haushalt nicht sinnvoll und ordentlich geplant.

Ich möchte daher die Wichtigkeit dieses Antrags noch einmal erläutern und auch die Maßnahme, warum wir das für so wichtig erachten. Sie wissen seit letztem Jahr, wie Streitbar die Grötzingen Bürgerinnen und Bürger sind. Aber in einem Punkt sind sie sich schon seit vielen Jahren einig. Und zwar betrifft das die Entwicklung der Ortsmitte. Die ersten Ideen tauchten schon 2009 auf. Die Planungen, die Ideenentwicklung ist eigentlich so weit vorangeschritten, dass auch der Planungsausschuss dieser Idee gefolgt ist und auch diese Umsetzung wollte. Leider wurden die Mittel dann nur nicht zur Verfügung gestellt.

Was versprechen sich die Bürgerinnen und Bürger in Grötzingen? Zum einen versprechen sie sich durch die Entwicklung der Ortsmitte eine Steigerung der Lebensqualität. Aber nicht nur das. Sie versprechen sich durch eine gute Innenraumentwicklung zum einen auch mehr Wohnraum in der zentralen Ortsmitte, eine Stärkung der Wirtschaft und auch der Infrastruktur. Ich möchte nur Ideen nennen, denn das soll dann erst folgen. Es könnte die Randbebauung des Niddaplatzes erfolgen. Im EG-Bereich könnten Läden entstehen für weitere Infrastruktur. Der ruhende Verkehr könnte eventuell in einer Tiefgarage Platz finden, so dass der Platz auch wirklich mehr erlebbar wird. Dann ist es im Bereich der Rathäuser in Grötzingen möglich, auch dort Dinge zu verlagern, z. B. das Bauamt oder den Bauhof an eine andere, etwas dezentralere Stelle, so dass auch an diesem Ort Wohnraumbau entstehen könnte. Ich denke, das sind alle Ideen, die auf alle Fälle sinnvoll sind auch zu verfolgen.

Wie gesagt, es war auch schon mit dem Planungsamt abgestimmt. Sie unterstützen diesen Antrag, auch der Planungsausschuss. Von daher bitte ich Sie um Zustimmung

dieser zusätzlichen Mittel für die Entwicklung der Ortsmitte in Grötzingen, da, wenn wir noch weiter warten, es wieder – eventuell – Streit gibt. Ich möchte einfach diese Einigkeit unterstützen, die Entwicklung und auch die Zukunftsorientierung in Grötzingen.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Sicherlich, Frau Eßrich, müssen wir das Thema Ortsmitte Grötzingen angehen. Das ist richtig. Da stehen wir auch im Wort. Nur haben Sie vielleicht auch dafür Verständnis, dass wir sagen, wenn wir diesen Wettbewerb durchführen, der richtig und der Sache auch dienlich ist, kann dieser Betrag kann nur aus der Investitionspauschale von Grötzingen kommen. Grötzingen sollte es bitte selbst finanziell schultern. Denn es kann nicht angehen, dass wir im Planungsamt Mittel streichen, die dann in einem anderen Projekt in einem anderen Stadtteil fehlen.

Deshalb haben Sie bitte dafür Verständnis, dass wir nur den Geldern aus der Investitionspauschale zustimmen können.

Stadträtin Uysal (SPD): Ich sehe das etwas anders, Herr Ehlgötz. Mit der Einstellung der Gelder könnte Grötzingen die Chance bekommen, seine Stärken hervorzuheben, wie z. B. ein attraktives badisches Malerdorf zu sein. Wir als Stadt tragen ein Stück weit auch die Verantwortung, dass unsere Stadtteile sich weiterentwickeln, attraktiv werden, Lebensqualität besitzen. Und auch ein Stück weit Verantwortung tragen wir dafür, dass diese ganzen aufgezählten Ziele beschleunigt werden vor Ort.

Genau das möchte Grötzingen. Die wollen attraktiv werden. Die wollen sich weiterentwickeln. Um aber das Ganze professionell zu gestalten, erfordert es Planung. Planung kostet. Diese Professionalität wird noch einmal hier betont durch Frau Ortsvorsteherin, dass man Bürger beteiligen möchte. Das wollen wir als Stadt. Wir wollen, dass unsere Bürger sich an gewissen Prozessen beteiligen. Wir wollen diese Bürgernähe vor Ort haben. Genau das zeigt Grötzingen.

Grötzingen möchte dadurch auch neue Wohnräume schaffen. Genau das wollen wir auch hier in Karlsruhe. Deswegen verstehen wir dieses Projekt als Chance. Wir sehen diese Kosten nicht als Kosten, sondern eher als eine Investition, die langfristig gesehen der Stadt zugute kommen wird. Deswegen bitten wir um Unterstützung. Deswegen sollten wir unserer Verantwortung als Stadt für unsere Stadtteile nachkommen. Deshalb bitte: Unterstützen Sie dieses Projekt.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Ich glaube, es ist völlig unbestritten, dass das eine wichtige Sache für Grötzingen ist, dass das auf jeden Fall gemacht werden sollte. Ich glaube, da sind wir uns alle einig in diesem Saal. Es geht nur darum, aus welchem Topf das Geld kommen wird. Darum geht es heute auch nur.

Die Verwaltung empfiehlt Zustimmung, unter der Maßgabe, dass das Geld aus vorhandenen Töpfen genommen werden soll, eben aus der Investitionspauschale und dem Budget des Stadtplanungsamtes, wo das aber alles nicht drin ist, d. h., faktisch empfiehlt die Verwaltung eine Ablehnung, weil sie verhindern will, dass zusätzlich Geld eingestellt wird. Da ist jetzt die Frage: Ist das gerechtfertigt, oder ist es das nicht? Frau Eßrich hat gesagt, aus der Investitionspauschale ist es nicht zu stemmen. Das sehen wir auch völlig ein. Es steht dann in der Antwort der Verwaltung, „oder Stadtplanungs-

amt". Wir sehen aber auch völlig ein, dass im Stadtplanungsamt auch nicht so einfach 80.000 Euro herumliegen, die sonst nirgendwo gebraucht werden. Auch da ist das Geld eigentlich nicht da.

Jetzt ist die Frage, ist es eine Sache, die nur ein Ortschaftsrat beschließen kann, oder könnte es auch in Hagsfeld oder in der Südweststadt so eine Sache geben. Das ist die entscheidende Frage. Da sagen wir ganz klar: Es könnte genauso gut in Hagsfeld oder Rintheim sein, dass das Stadtplanungsamt die Verbesserung der Ortsmitte planen will. Deshalb ist es für uns keine Sache der Investitionszuschale, sondern des Stadtplanungsamtes, das dafür aber ein Budget braucht. Deshalb stimmen wir dem Antrag des Ortschaftsrats gerne zu.

Stadtrat Høyem (FDP): Ich kann bestätigen, dass wir in Grötzingen dies viele Jahre diskutiert haben und dass es wirklich ein Sprung in die Zukunft wäre, nicht nur für Grötzingen. Es ist ein bisschen unangenehm, wenn man versucht, die verschiedenen Stadtteile gegeneinander auszuspielen. Das ist ein Projekt für ganz Karlsruhe. Wir stimmen dem zu. Wir haben auch mit unserer Abstimmung deutlich gemacht, dass für uns die Ortschaftsräte sehr wichtige Partner sind. In Grötzingen hat man dies lange Jahre diskutiert. Wenn Sie nach Grötzingen gehen, sehen Sie, dass es ohne eine Änderung der Stadtmitte keine Chance zu Änderungen gibt. Wir stimmen dem absolut zu.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Bitte lassen Sie uns kurz überdenken, was wir gerade tun. Aus meiner Sicht sind wir gerade dabei, einen Sündenfall zu begehen. Wir fangen an, über parteipolitische Interessen Stadtteilinteressen im Gemeinderat durchzusetzen. Wenn das bei diesem Ortsteil funktioniert, sind natürlich alle Parteien in Zukunft gezwungen, die Interessen der einzelnen Ortsteile, die sie vertreten, hier im Gemeinderat genauso durchzusetzen. Wollen wir das wirklich? Das würde heißen, dass jeder Ortsteil dann entscheiden muss, von welcher Partei er seine Interessen vertreten lassen will, um hier im Gemeinderat an zusätzliche Mittel zu kommen. Das kann nicht Sinn der Sache sein.

Wir lehnen das ganz klar ab.

Stadtrat Høyem (FDP): Nur eine Bemerkung. So einfach geht es nicht, AfD. Wenn wir im Ortschaftsrat gewählte Politiker von verschiedenen Parteien haben, dann ist es eine ungeheuerliche Arroganz, wenn Sie hier sagen, dass Sie die politisch gewählten Bürger nicht ernst nehmen. Dieser Vorschlag von Grötzingen kommt von allen Parteien dort, AfD ist dort nicht repräsentiert. Wir sollten unsere Ortschaftsräte ernst nehmen.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Ich schlage einen Kompromiss vor. Ganz klar ist für meine Fraktion, dass wir nicht einfach das Geld nach Grötzingen schieben können, denn dafür ist der Haushalt zu schwach. Auf der anderen Seite ist es ein wichtiges Projekt für Grötzingen. Ich finde, die Antwort der Verwaltung liefert doch eindeutig den Weg, wo es hingehen soll. Grötzingen einigt sich mit dem Stadtplanungsamt, wer wie viel übernimmt. Dann funktioniert das Ganze. Dann muss man jetzt kein riesiges Bohai machen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Ich will eigentlich nur noch folgendes ergänzen: Bei der Diskussion wird etwas übersehen. Frau Ortsvorsteherin EBrich hat mit Sicherheit alles

gut gemeint für ihren Stadtteil. Aber bedenken Sie, dass Sie diese Wohltat der Investitionspauschale zur Diskussion stellen, wenn Sie in diesem Gremium erleben, dass es viele Stadtteile gibt, die diese nicht haben. Wenn ich jetzt sage, mir reicht die IP nicht aus, ich brauche noch einen Zuschlag, dann werden zu Recht meines Erachtens alle anderen Stadtteile, die diese Wohltat nicht genießen können, ungeduldig. Von daher wäre es sehr wohl angemessen, auch für diejenigen, die das jetzt befürworten, sich hier ein wenig zurückzuhalten, noch einmal diese Entscheidung zu überdenken.

Es wird sicherlich Mittel und Wege geben, vielleicht nicht in der zeitlichen Umsetzung, wie man sich das vorstellt. Vielleicht sind noch irgendwo Töpfe frei, die man zur Unterstützung mit einsetzen kann. Aber die Grötzingen müssen die IP einsetzen. Anders geht es schon strukturell nicht. Ich warne davor.

Stadtrat Hermanns (SPD): Zunächst, Herr Høyem, Sie haben uns genau aus dem Herzen gesprochen. Wir folgen genau Ihren Ausführungen.

Herr Pfannkuch, wenn Sie das tatsächlich ernst meinen, was Sie gerade gesagt haben, dann können wir keinerlei zusätzliche Investitionen, wenn wir sie für wichtig erachten, in Ortschaften geben, die einen Ortschaftsrat haben.

(Zuruf **Stadtrat Pfannkuch/CDU**)

- Nicht? Dann habe ich es falsch verstanden. Entschuldigen Sie, ich ziehe es zurück.

Der Vorsitzende: Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass die Verwaltungsvorlage eher so zu lesen ist, wie Herr Stadtrat Dr. Fischer es eingebracht hat, dass wir uns nämlich bemühen werden, in der Abstimmung zwischen der IP aus der Ortschaft und unserem Stadtplanungsamt eine gemeinsame Lösung zu finden und auch einen Ausgleich zu schaffen zwischen Interessen, die wirklich etwas originär mit der Ortschaft zu tun haben, aber auch Interessen, die durchaus auch im Rahmen städtischer Interessen liegen.

Frau EBrich hat das Stichwort Wohnen genannt. Das ist etwas, wo wir aktuell immer ganz hellhörig werden. Ich habe gesagt, vor 10 Jahren hat man immer Einzelhandel einbauen müssen in eine Rede, heute muss man Wohnen einbauen. Aber nichtsdestotrotz, wenn am Ende dadurch neuer Wohnraum entsteht, dann ist das nicht nur für Grötzingen interessant. Dann kann das auch an der einen oder anderen Stelle vielleicht noch eine Refinanzierung eröffnen.

Aber zunächst einmal müssen wir in diese Planungen. Wir müssen in diese Beteiligungsprozesse hinein. Von daher wäre meine dringende Empfehlung, bevor wir hier jetzt eine Grundsatzdiskussion oder eine Grundsatzentscheidung daraus kreieren, dass Sie einfach uns vertrauen, dass wir hier in Abstimmung dieser beiden Haushaltstöpfe eine Lösung finden. Ob das Ganze durch die Verteilung dann ein halbes Jahr länger dauert, werden wir dann sehen. Aber ich glaube, dass wir hier beginnen wollen und dass wir hier gute Optionen haben, auch für die Stadt, das hat keiner bestritten.

Wenn wir auf diesem Wege verfahren können, wäre das für das Thema am angemessensten. Wir lassen uns vor allem den Raum offen, individuell am Ende zu entscheiden und jetzt nicht aus der Thematik Grötzingen ein grundsätzliches „Nur so oder nur so“ für alle solchen zukünftigen Fälle zu machen. Ich glaube, mit solchen Einzelfalllösungen arbeiten wir in Karlsruhe immer besser als mit irgendwelchen Pauschalisierungen.

Wir sind alle gemeinsam der Meinung, wir **verzichten** auf die Abstimmung. Dann machen wir das so.

Wir kommen zum **Teilhaushalt 6200**. Ich möchte noch einmal auf die **Veränderungsliste** hinweisen, dass wir jetzt die Auswirkungen der veränderten Organisation Liegenschaften und Forst natürlich auch in den Haushalt eingebracht haben. Das bringt keine quantifizierbaren Veränderungen mit sich. Aber natürlich wird die Organisation und Darstellung dadurch etwas verändert.

Dann haben wir in der **Veränderungsliste** noch die Verschiebung des Zuschusses Wohnraumakquise in den Investitionshaushalt. Das haben Sie auch zur Kenntnis genommen.

(...)